

Konvent will Politikern »Beine machen«

Vorschläge zu Wahlperiode und Wählerrechten

Von Uwe Kalbe

Der Konvent für Deutschland, eine der eigenen Darstellung nach überparteiliche Initiative für Reformen, hat eine Veränderung des Wahlrechts vorgeschlagen: Verlängerung der Legislatur des Bundestages sowie flexible Kandidatenlisten und Volksinitiativen.

Die 1997 gegründete und von der »Ruck-Rede« Roman Herzogs inspirierte Initiative, die auch unter Vorsitz des damaligen Bundespräsidenten steht, machte in einer Presseerklärung darauf aufmerksam, dass in Deutschland im Durchschnitt alle 90 Tage irgendwo gewählt werde. Der dadurch notwendige permanente Wahlkampf halte die Politiker nicht nur vom Regieren ab, er erhöhe auch die »Hürden für das Aussprechen nötiger Wahrheiten und das Anpacken unpopulärer Reformen«.

Der Konvent schlägt deshalb die Verlängerung der Legislaturperiode im Bundestag von vier auf fünf Jahre vor. Der damit verbundene Machtzuwachs für die Politik solle kompensiert werden durch einen Machtzuwachs der Bürger.

Diesen soll nach süddeutschem Vorbild das Recht verliehen werden, über die Reihenfolge der Kandidaten auf den Wahllisten und damit über ihre Wahlchancen zu entscheiden. Das Vorschlagsrecht der Parteien zu den Personen bleibe davon unberührt.

Weiter spricht sich der Konvent für die Einführung der Volksinitiative aus – auch dies als Instrument zur Stärkung der Rechte des Bürgers. Damit könnten »die Stimmbürger die Befassung des Parlaments mit bestimmten Themen erzwingen«, erläutert der Konvent in seiner Erklärung. Sie könnten »bei brennenden Themen ihren Abgeordneten »Beine machen«. Während weitergehende plebiszitäre Elemente »sehr sorgfältig überlegt werden müssten, wäre die Einführung von Volksinitiativen eine unproblematische Bereicherung unserer parlamentarischen Demokratie«. Mit den vorgeschlagenen Schritten könne man die Reformfähigkeit der Regierung erhöhen, zitiert die Erklärung ihren Vorsitzenden, Herzog.